
Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 14. bis 17. Januar 2019

Plenardebatte mit spanischem Premierminister Sánchez über die Zukunft Europas

Der spanische Premierminister Pedro Sánchez wird am Mittwoch ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattieren.

4

Brexit – aktuelle Lage: Debatte über Abstimmung im britischen Parlament

Am Mittwoch ab 8:30 Uhr stehen die jüngsten Entwicklungen beim Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zur Debatte, einen Tag nach der Abstimmung im britischen Unterhaus.

5

Bilanz österreichische Ratspräsidentschaft, Ausblick auf rumänischen EU-Vorsitz

Bundeskanzler Kurz und Premierministerin Dăncilă stellen sich dem Plenum in zwei getrennten Debatten zu den Prioritäten des rumänischen und Ergebnissen des österreichischen Ratsvorsitzes.

6

Debatten zum jüngsten EU-Gipfel und zur Asyl- und Migrationspolitik der EU

Am Dienstagmorgen werden die Abgeordneten eine Bilanz der Ergebnisse des EU-Gipfels vom 13.-14. Dezember ziehen, bevor sie die Reform der Asyl- und Migrationspolitik der EU erörtern.

7

Pestizide: Für ein besseres EU-Zulassungsverfahren

Das Vertrauen in das EU-Zulassungsverfahren für Schädlingsbekämpfungsmittel soll durch mehr Transparenz und bessere Rechenschaftspflicht gestärkt werden.

8

Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit: Mitgliedstaaten droht Verlust von EU-Geldern

Neue Regeln, die der EU erlauben, einem Mitgliedstaat EU-Mittel vorzuenthalten, wenn die Justiz behindert wird oder Betrug und Korruption straflos bleiben, stehen am Mittwoch zur Debatte.

10

Programm "InvestEU": Impulse für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen

Abstimmung über ein neues EU-Programm zur Förderung von Investitionen und zum Zugang zu Finanzmitteln mit dem Ziel, Investitionen in Höhe von fast 700 Mrd. Euro zu erreichen.

12

Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag des Euro

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro eingeführt. Zum 20. Jahrestag steht am Dienstag um 11.30 Uhr eine Gedenkveranstaltung auf der Plenar-Tagesordnung.

14

EZB: Debatte mit Mario Draghi über Tätigkeiten der Zentralbank

Im Zentrum der Debatte werden die Prioritäten der Europäischen Zentralbank (EZB) für 2019 stehen, sowie die Bilanz für 2017 auf der Grundlage des entsprechenden Jahresberichts.

15

Rechte der Frau, Rechtsstaatlichkeit, Hassrede: Lage der Grundrechte in der EU

In der Debatte und Entschließung über die Lage der Grundrechte in der EU in 2017 wird es um Verletzungen der Rechte der Frau, der Rechtsstaatlichkeit und die Zunahme von Hassreden gehen.

16

Autonomes Fahren in der EU: Abgeordnete wollen schnelleren Fortschritt

Um Innovationen und die Einführung autonomer Verkehrsmittel zu fördern, sollte die EU bei der technischen Harmonisierung sowie den Sicherheits- und Haftungsregeln schneller vorankommen. 17

Neuer europäischer Sozialfonds: Mehr in künftige Generationen investieren

Am Mittwoch wird über die Aufstockung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) abgestimmt. Jugendliche und Kinder sollen die Hauptbegünstigten werden. 18

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 20

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-01-14>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 14. bis 17. Januar 2019

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonzferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [Podcasts des wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Plenardebatte mit spanischem Premierminister Sánchez über die Zukunft Europas

Der spanische Premierminister Pedro Sánchez wird am Mittwoch ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattieren.

Dies ist die fünfzehnte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas.

Informationen über die bisherigen Debatten [finden Sie hier](#).

Sánchez wurde 1972 geboren und ist im Juni 2018 Premierminister Spaniens geworden, nachdem sein Vorgänger Mariano Rajoy durch ein Misstrauensvotum aus dem Amt vertrieben wurde.

Am Mittwoch um 12:30 Uhr werden der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und Premierminister Sánchez eine gemeinsame Pressekonferenz abhalten.

Der finnische Premierminister Juha Sipilä wird die Debattenreihe auf der zweiten Januar-Plenarsitzung (30.-31.1.) in Brüssel fortführen. Im Februar wird Giuseppe Conte in Straßburg seine Ansichten zur Zukunft Europas zur Diskussion stellen.

Debatte: Mittwoch, den 16. Januar ab 10:00 Uhr

Pressekonferenz: Mittwoch, den 16. Januar um 12:30 Uhr

Weitere Informationen

- [Webseite zu Pedro Sánchez](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Brexit – aktuelle Lage: Debatte über Abstimmung im britischen Parlament

Am Mittwoch ab 8:30 Uhr stehen die jüngsten Entwicklungen beim Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zur Debatte, einen Tag nach der Abstimmung im britischen Unterhaus.

Die Debatte soll neunzig Minuten dauern, mit einem Redner pro Fraktion und Redebeiträgen der Mitglieder der Lenkungsgruppe zum Brexit.

Debatte: Mittwoch, den 16. Januar

Weitere Informationen

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Bilanz österreichische Ratspräsidentschaft, Ausblick auf rumänischen EU-Vorsitz

Bundeskanzler Kurz und Premierministerin Dăncilă stellen sich dem Plenum in zwei getrennten Debatten zu den Prioritäten des rumänischen und Ergebnissen des österreichischen Ratsvorsitzes.

In einer Debatte ab 10:30 Uhr mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz werden die Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Bilanz der vergangenen sechsmonatigen Ratspräsidentschaft ziehen und die Entwicklungen bei den langfristigen Haushaltsverhandlungen diskutieren.

Premierminister Viorica Dăncilă wird ab 15.00 Uhr die Prioritäten der aktuellen rumänischen Präsidentschaft vorstellen, die sich auf Zusammenhalt und gemeinsame Werte, Sicherheit und die Stärkung Europas als globaler Akteur konzentrieren.

Eine **Pressekonferenz** mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und der rumänischen Premierministerin Dăncilă ist für 17:00 Uhr angesetzt.

Die Europawahlen finden vom 23. bis 26. Mai statt, einen Monat vor der Übergabe der rotierenden Ratspräsidentschaft an Finnland durch Rumänien.

Weitere Informationen

-

[Webseite der rumänischen Ratspräsidentschaft](#)

-

[Webseite der österreichischen Ratspräsidentschaft](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende: Österreichische Ratspräsidentschaft](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende: Rumänische Ratspräsidentschaft](#)

Debatten zum jüngsten EU-Gipfel und zur Asyl- und Migrationspolitik der EU

Am Dienstagmorgen werden die Abgeordneten eine Bilanz der Ergebnisse des EU-Gipfels vom 13.-14. Dezember ziehen, bevor sie die Reform der Asyl- und Migrationspolitik der EU erörtern.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs am 13. und 14. Dezember 2018 in Brüssel waren der langfristige Haushalt der EU, die Außenbeziehungen, die Migration und der Binnenmarkt. Eine getrennte Sitzung am 13. Dezember im EU27-Format war dem Brexit gewidmet.

Reform der Asyl- und Migrationspolitik der EU

Die Pattsituation bei der Reform des gemeinsamen Asylsystems, und insbesondere die mangelnden Fortschritte bei der Neuauflage der Dublin-Verordnung (die das für einen Asylantrag zuständige Land bestimmt), werden ebenfalls im Mittelpunkt einer Debatte mit Rat und Kommission stehen.

Auch die Verbesserung der Steuerung der Migrationsströme nach Europa und die Frage der Lastenteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten werden Themen dieser Aussprache sein, im Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen im Mittelmeerraum und der Entscheidung einiger Länder, die Ausschiffung geretteter Migranten und Asylbewerber nicht zuzulassen.

Debatte: *Dienstag, den 15. Januar*

Verfahren: *Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

Weitere Informationen

-

[EU-Gipfel 13.-14. Dezember 2019](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Pestizide: Für ein besseres EU-Zulassungsverfahren

Das Vertrauen in das EU-Zulassungsverfahren für Schädlingsbekämpfungsmittel soll durch mehr Transparenz und bessere Rechenschaftspflicht gestärkt werden.

Eine entsprechende Initiative steht am Mittwoch zur Abstimmung.

Unter anderem heißt es im Bericht des Sonderausschusses für Pestizide, dass der Öffentlichkeit Zugang zu den Studien gewährt werden sollte, die im Verfahren zur Zulassung eines Schädlingsbekämpfungsmittels verwendet werden, einschließlich aller unterstützenden Daten und Informationen im Zusammenhang mit den Anträgen.

Die Abgeordneten stellen fest, dass Bedenken hinsichtlich des Rechts der Antragsteller geäußert wurden, einen bestimmten Mitgliedstaat zu wählen, der der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) über die Zulassung eines Wirkstoffs unterrichtet, da diese Praxis als wenig transparent angesehen wird und zu einem Interessenkonflikt führen könnte.

Debatte: Montag, den 14. Januar

Abstimmung: Mittwoch, den 16. Januar

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 16. Januar um 14:00 Uhr

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(06.12.2018\)](#)
- [Berichterstatter Norbert Lins \(EVP, DE\)](#)
- [Berichterstatter Bart Staes \(Grüne/EFA, BE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Directive 2009/128/EC on the sustainable use of pesticides“ \(auf Englisch\)](#)
- [Studie der Leitlinien für die Einreichung und Bewertung von Anträgen auf Zulassung von Wirkstoffen in Pestiziden \(auf Englisch\)](#)
- [Kurzdarstellungen zur Europäischen Union: „Chemikalien und Pestizide“](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Genehmigung von Pestiziden in der EU - Schwerpunkt: Glyphosat“](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit: Mitgliedstaaten droht Verlust von EU-Geldern

Neue Regeln, die der EU erlauben, einem Mitgliedstaat EU-Mittel vorzuenthalten, wenn die Justiz behindert wird oder Betrug und Korruption straflos bleiben, stehen am Mittwoch zur Debatte.

Am Donnerstag wird über den entsprechenden Gesetzesvorschlag abgestimmt.

Wenn die EU-Kommission feststellt, dass "generelle Mängel in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip" in einem EU-Land die Verwaltung von EU-Mitteln gefährden, könnte sie verschiedene Maßnahmen ergreifen, darunter das Aussetzen von Zusagen bzw. Zahlungen oder die Verringerung von Vorfinanzierungen.

Die Mitglieder der Ausschüsse für den Haushalt und die Haushaltskontrolle unterstützten den Vorschlag der Kommission weitgehend und fügten zusätzliche Garantien hinzu, um sicherzustellen, dass die Regierungen weiterhin Zahlungen an Endbegünstigte wie Forscher oder Organisationen der Zivilgesellschaft leisten müssen, selbst wenn die EU-Finanzierung ausgesetzt wird.

Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten

Die Abgeordneten werden auch über die [Aufstockung der Mittel für das Programm „Rechte und Werte“ für den Zeitraum 2021-2027 auf 1,834 Milliarden Euro](#) diskutieren und abstimmen, was fast einer Verdreifachung des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Betrags (642 Millionen Euro) entspricht. Diese Mittel sollen der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der gesamten EU dienen, einschließlich der finanziellen Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit diesen Themen befassen.

Die Abgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten fügten Bestimmungen hinzu, durch die an Rechtsstaatslichkeitsverfahren beteiligte EU-Länder das Recht verlieren könnten, die ihnen zu diesem Zweck zugewiesenen Mittel selbst zu verwalten. Sie verlangen ebenfalls ein beschleunigtes Verfahren zur Auszahlung von Mitteln zur Unterstützung des demokratischen Dialogs in jenen Mitgliedstaaten, in denen die Grundwerte der EU gefährdet sind.

Debatte: Mittwoch, den 16. Januar

Abstimmung: Donnerstag, den 17. Januar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Rechtsstaatlichkeit\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.12.2018\)](#)
- [Berichterstatteerin Eider Gardiazabal Rubial \(S&D, ES\)](#)
- [Berichterstatteer Petri Sarvamaa \(EVP, FI\)](#)
- [EU-Hintergrundinformationen: „Protecting the EU budget against generalised rule of law deficiencies“ \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(10.12.2018\)](#)
- [Berichterstatteerin Bodil Valero \(Grüne/EFA, SE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Programm „Rechte und Werte“ 2021-2027\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Programm "InvestEU": Impulse für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen

Abstimmung über ein neues EU-Programm zur Förderung von Investitionen und zum Zugang zu Finanzmitteln mit dem Ziel, Investitionen in Höhe von fast 700 Mrd. Euro zu erreichen.

Die Initiative "InvestEU" für den Zeitraum 2021-2027 soll Grundlage und Auslöser für Investitionen sein, die sonst schwierig zu erreichen wären. Das Programm ist der Nachfolger des derzeitigen [Europäischen Fonds für strategische Investitionen](#) (EFSI), der als Reaktion auf die Finanzkrise eingerichtet wurde.

Die Abgeordneten unterstützen den Vorschlag der Kommission und schlagen Verbesserungen vor, darunter eine Erhöhung der EU-Garantie (von 38 Mrd. Euro auf 40,8 Mrd. Euro, um Investitionen in Höhe von 698 Mrd. Euro zu erreichen), neue Ziele wie Beschäftigung und Klimaschutz und die Verbesserung der Rechenschaftspflicht bei der Verwaltung des Programms.

Weitere Informationen finden Sie in [dieser Pressemitteilung](#) (auf Englisch).

Beispiele für EU-finanzierte Projekte

Debatte: Dienstag, den 15. Januar

Abstimmung: Mittwoch, den 16. Januar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.12.2018\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag des Euro

Am 1. Januar 1999 wurde der Euro eingeführt. Zum 20. Jahrestag steht am Dienstag um 11.30 Uhr eine Gedenkveranstaltung auf der Plenar-Tagesordnung.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani wird die Zeremonie eröffnen, gefolgt von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi, dem Präsidenten der Eurogruppe Mário Centeno, dem Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses Roberto Gualtieri und dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet.

Außerdem wird in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Straßburg eine Ausstellung über den Euro zu besichtigen sein.

Feierliche Sitzung, Dienstag, den 15. Januar, 11:30 Uhr

Weitere Informationen

-

[Erklärungen der Präsidenten Tajani, Juncker, Draghi und Centeno zum 20. Jahrestag des Euro \(auf Englisch\)](#)

-

[Webseite der EU-Kommission : „#EUROat20“](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EZB: Debatte mit Mario Draghi über Tätigkeiten der Zentralbank

Im Zentrum der Debatte werden die Prioritäten der Europäischen Zentralbank (EZB) für 2019 stehen, sowie die Bilanz für 2017 auf der Grundlage des entsprechenden Jahresberichts.

Im Anschluss an die Debatte stimmt das Parlament über eine Entschließung zum Jahresbericht der Bank für 2017 ab.

Debatte: Dienstag, den 15. Januar

Abstimmung: Mittwoch, den 16. Januar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

-

[Entschließungsentwurf zu dem Jahresbericht der EZB für 2017](#)

-

[Berichtersteller: Gabriel Mato \(EVP, ES\)](#)

-

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Rechte der Frau, Rechtsstaatlichkeit, Hassrede: Lage der Grundrechte in der EU

In der Debatte und Entschließung über die Lage der Grundrechte in der EU in 2017 wird es um Verletzungen der Rechte der Frau, der Rechtsstaatlichkeit und die Zunahme von Hassreden gehen.

Der Entschließungsentwurf - der am Mittwochnachmittag zur Debatte und unmittelbar danach zur Abstimmung steht - verurteilt geschlechtsspezifische Gewalt und betont die anhaltende Diskriminierung, der Frauen in Europa nach wie vor ausgesetzt sind. Er bedauert, dass die EU-Organe Rechtsstaatlichkeit und europäische Werte nicht wirkungsvoll genug schützen.

Die Abgeordneten sind auch besorgt darüber, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zunehmend eingeschränkt wird. Sie betonen die Notwendigkeit, Hassreden, den Anstieg von Antisemitismus und Islamophobie sowie die anhaltende Diskriminierung und Stigmatisierung von LGBTI-Personen in der EU zu bekämpfen.

Debatte und Abstimmung: Mittwoch, den 16. Januar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2017](#)

-

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(03.12.2018\)](#)

-

[Berichterstatter Josep-Maria Terricabras \(Grüne/EFA, ES\)](#)

-

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

-

[Charta der Grundrechte der EU](#)

Autonomes Fahren in der EU: Abgeordnete wollen schnelleren Fortschritt

Um Innovationen und die Einführung autonomer Verkehrsmittel zu fördern, sollte die EU bei der technischen Harmonisierung sowie den Sicherheits- und Haftungsregeln schneller vorankommen.

Der Entschließungsantrag, über den am Dienstag abgestimmt werden soll, fordert die EU-Kommission auch auf, die europäische Industrie bei der Entwicklung von und Investitionen in vernetzte und automatisierte Mobilitätssysteme ausreichend zu unterstützen - sei es auf der Straße, auf der Schiene, in der Luft oder zu Wasser.

Debatte: Montag, den 14. Januar

Abstimmung: Dienstag, den 15. Januar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf zu autonomem Fahren im europäischen Verkehrswesen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.11.2018\)](#)
- [Berichterstatter Wim van de Camp \(EVP, NL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Neuer europäischer Sozialfonds: Mehr in künftige Generationen investieren

Am Mittwoch wird über die Aufstockung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) abgestimmt. Jugendliche und Kinder sollen die Hauptbegünstigten werden.

Der Beschäftigungsausschuss schlägt vor, die [ESF+-Mittel im langfristigen Haushalt der EU 2021-27](#) gegenüber dem Vorschlag der Europäischen Kommission um rund 19 % aufzustocken (von rund 89,6 Milliarden Euro auf rund 106,8 Milliarden Euro zu Preisen von 2018), wovon 105,7 Milliarden Euro gemeinsam von der EU und den Mitgliedstaaten verwaltet werden sollen.

Die Abgeordneten wünschen sich mehr Mittel für die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen sowie die Gewährleistung der Chancengleichheit der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder.

Hintergrundinformationen

Schon seit 60 Jahren ist der Europäische Sozialfonds das wichtigste Finanzierungsinstrument für Investitionen in die Menschen, um ihnen zu helfen, bessere Arbeitsplätze zu finden, und fairere Berufsaussichten für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger sicherzustellen. Er trägt zur sozialen Eingliederung bei, zur Armutsbekämpfung, zur Bildung und zur Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen, aber auch zu besseren Lebensbedingungen, zur Gesundheit und zur Schaffung fairerer Gesellschaften. Die Initiative wird helfen, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken.

Debatte: Dienstag, den 15. Januar

Abstimmung: Mittwoch, den 16. Januar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung, Abstimmung über Verhandlungsmandat

Weitere Informationen

-

[Entschließungsentwurf](#)

-

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

-

[Berichterstatlerin: Verónica Lope Fontagné \(EVP, ES\)](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Abkommen zwischen der EU und Marokko zur Änderung der Protokolle Nr. 1 und 4 des Europa-Mittelmeer-Abkommens (Empfehlung und Entschließung) - *Bericht: Marietje Schaake, Abstimmung Mittwoch*
- Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) - *Bericht: Maria Arena, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Differenzierte Integration - *Bericht: Pascal Durand, Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Stärkung der haushaltspolitischen Verantwortung und der mittelfristigen Ausrichtung der Haushalte in den Mitgliedstaaten - *Bericht: Danuta Maria Hübner, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Leitlinien der EU und das Mandat des EU-Sondergesandten für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU - *Bericht: Andrzej Grzyb, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr - *Bericht: Cláudia Monteiro de Aguiar, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Umsetzung des Handelsabkommens zwischen der EU sowie Kolumbien und Peru - *Bericht: Santiago Fisas Ayxelà, und Bericht über die Umsetzung des handelspolitischen Teils des Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika - Bericht: Reimer Böge, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Rückkehrerausweis der EU - *Bericht: Kinga Gál, Abstimmung Mittwoch*
- Aufstellung des Programms „Fiscalis“ für die Zusammenarbeit im Steuerbereich - *Bericht: Sven Giegold, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Jahresbericht 2017 über die Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank - *Bericht: Georgi Pirinski, Debatte Mittwoch*
- Aufstellung des Programms „Customs“ für die Zusammenarbeit im Zollwesen - *Bericht: Maria Grapini und Schaffung des Instruments für finanzielle Hilfe für Zollkontrollausrüstung im Rahmen des Fonds für integriertes Grenzmanagement - Bericht: Jiří Pospíšil, Abstimmung Dienstag*
- Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr - *Bericht: Lara Comi, Abstimmung Donnerstag*

- Umfassende europäische Bildung, Forschung und Erinnerung an die totalitäre Vergangenheit,
Aussprache über ein aktuelles Thema (Art. 153a GO), Debatte Mittwoch